



# Bundestags- brief

Nr.152 • Die Woche im Bundestag • 27.06.2014



DEUTSCHER BUNDESTAG

**Prof. Monika  
Grütters, MdB**

Tel.: 030/227 70222

Fax: 030/227 76223

monika.gruetters@  
bundestag.de

[www.monika-gruetters.de](http://www.monika-gruetters.de)

## I. Die politische Lage in Deutschland

### Erfolgreiche Haushaltsberatungen.

In den nun ablaufenden parlamentarischen Beratungen des Bundeshaushalts 2014 haben wir das haushaltspolitische Profil der Union nachdrücklich geschärft. Trotz erswerter Umstände konnten wir den Regierungsentwurf hinsichtlich der ambitionierten Ziele bei der Verschuldung einhalten: Die Nettoneuverschuldung von unverändert 6,5 Milliarden Euro ist der niedrigste Wert seit 40 Jahren. Wir haben uns nicht dazu verleiten lassen, die maximal zulässige Nettoneuverschuldung in Höhe von mehr als 34 Milliarden Euro auszuschöpfen. Strukturell weist der Bundeshaushalt 2014 sogar einen Überschuss von 1,3 Milliarden Euro aus. Die strukturelle Neuverschuldung ist auch im europäischen Haushaltüberwachungsverfahren ein wesentlicher Indikator dafür, ob ein Staat über seine Verhältnisse lebt oder solide wirtschaftet.

Die Verlässlichkeit unserer Haushaltspolitik zeigt sich vor allem auch daran, dass die Ausgaben gegenüber dem Vorjahr kräftig, nämlich um 11,3 Milliarden Euro, sinken. Die erheblichen unvorhergesehenen Belastungen - vor allem durch die vorläufige Rückerstattung der Kernbrennstoffsteuer, aber auch durch die Umsetzung des Tarifabschlusses im Öffentlichen Dienst - haben wir vollständig auffangen können.

Wir lassen uns nicht von unserer Linie abbringen, im kommenden Jahr erstmals seit 1969 einen Haushalt ohne neue Schulden zu verabschieden und setzen damit ein starkes Signal auch in Europa.

## Zur internationalen Lage.

Während wir in Deutschland in stabilen Verhältnissen und wirtschaftlich gesichert leben, erleben die Menschen im Nahen und Mittleren Osten sowie in Teilen Afrikas - aber auch im Osten der Ukraine - eine Gegenwart, die von Gewalt, gezieltem Terror, dem Zerfall staatlicher Ordnung und häufig von Vertreibung gekennzeichnet ist.

Die Grausamkeiten im syrischen Bürgerkrieg nehmen kein Ende. Die Bilder und Nachrichten der letzten Tage und Woche erschüttern die gesamte Weltöffentlichkeit. Gleichzeitig versucht die Terrororganisation ISIS in Syrien und dem Irak ein grenzüberschreitendes Kalifat zu errichten, gegen den Widerstand der schiitischen Mehrheit und der Kurden im Irak. So werden wir alle Zeuge eines beginnenden Religionskrieges, der die gesamte Region mit unvorhersehbaren Folgen für die Weltgemeinschaft ins Chaos stürzen könnte.

Die internationale Gemeinschaft, aber besonders die Anrainerstaaten im Nahen und Mittleren Osten sind aufgerufen dabei zu helfen, dass sich die Lage vor Ort wieder stabilisieren kann und ISIS gestoppt wird. Besonders in der Verantwortung stehen dabei auch die Vereinigten Staaten von Amerika. Deutschland kann und darf in diesen Konflikt nicht militärisch eingreifen. Wir werden aber unseren Beitrag zur Stabilisierung der Region im internationalen Kontext leisten. Unser Ziel ist ein Naher und Mittlerer Osten, in dem alle Nationen und Konfessionen friedlich und gleichberechtigt mit einander leben können.

In Nigeria erschüttern schwerste Terroranschläge den Nordosten des Landes. Wir unterstützen die Bundesregierung dabei, Nigeria durch Ausbau der Zusammenarbeit im Sicherheits- und Polizeisektor beim Kampf gegen Boko

Haram zu helfen. Wir gedenken der Opfer des schweren Terroranschlages in Kenia, der eine der wichtigsten wirtschaftlichen Säulen des Landes, den Tourismus, treffen sollte.

Diese Spirale der Gewalt in Übersee lässt uns fast vergessen, dass vor über einer Woche in unserer europäischen Nachbarschaft ein ukrainisches Militärflugzeug von russischen Separatisten abgeschossen wurde. 49 Menschen fanden dabei den Tod. Wir fordern von Russland, dass es seine Grenze zur Ukraine wirksam kontrolliert, um den Zufluss von Waffen und Kämpfern einzudämmen. Russland muss seinen Einfluss auf die prorussischen Separatisten geltend machen, um die Lage zu entschärfen. Sollte Russland nicht zu einer Stabilisierung der Lage beitragen, so sind die EU und die Bundesregierung zu Wirtschaftssanktionen bereit. Den vom ukrainischen Präsidenten Poroschenko vorgelegten Friedensplan und die einseitig durch die Ukraine verkündete Waffenruhe begrüßen wir. Jetzt muss Moskau diesen Prozess auch mittragen und unterstützen. Dann könnte ein Ausstieg aus der Gewaltspirale gelingen.

## II. Daten und Fakten Daten und Fakten

**Bildungsstand von Menschen mit Migrationshintergrund steigt.** Junge Menschen mit Migrationshintergrund erreichen tendenziell einen höheren Bildungsabschluss als ältere Angehörige derselben Gruppe. So haben 37 Prozent der 30- bis 34-Jährigen mit Migrationshintergrund die Hochschulreife erworben, während der Anteil bei den 60- bis 64-Jährigen bei nur 24 Prozent liegt. Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund ohne beruflichen Bildungsabschluss ist bei den 30- bis 34-Jährigen mit 35 Prozent zwar ebenfalls niedriger als bei den älteren Personen (42 Prozent), er ist aber immer noch mehr als drei Mal so hoch wie der entsprechende Anteil der gleichaltrigen Personen ohne Migrationshintergrund (11 Prozent). Unter den Personen mit Migrationshintergrund gibt es erhebliche Unterschiede nach den Herkunftsregionen. Mehr als jede zweite Person mit türkischem Migrationshintergrund (53 Prozent) weist in der Altersgruppe der 30- bis 34-Jährigen keinen beruflichen Bildungsabschluss auf, während der Anteil unter den Personen mit Migrationshintergrund aus europäischen Staaten deutlich geringer ist. Im Vergleich wird jedoch deutlich, dass insbesondere die jüngeren türkisch-

stämmigen Personen mit Migrationshintergrund einen sehr viel höheren Bildungsstand aufweisen als die älteren. (Quelle: Statistisches Bundesamt – Bericht „Bildung in Deutschland 2014“)

**Globale Vernetzung auf Spitzenniveau.** Deutschland erreicht im sogenannten *Connectedness-Index* den ersten Platz. Der aktuelle Index fasst für das Jahr 2012 die grenzüberschreitenden Ströme von Waren, Kapital, Menschen, Dienstleistungen und - das macht den Index einzigartig - Daten eines Landes zusammen. In zunehmendem Maße prägt der zwischenstaatliche Austausch dieser Güter sowohl den nationalen als auch den globalen Wohlstand: Die Verfasser der Studie schätzen, dass er weltweit 15 bis 25 Prozent des Wirtschaftswachstums generiert. Deutschland erreicht zwar in keiner einzelnen Kategorie den höchsten Wert, schneidet aber in Bezug auf jedes Austauschgut überdurchschnittlich ab, so dass im internationalen Vergleich der höchste kumulierte Wert erreicht wird. Auf den Plätzen zwei und drei folgen Hong Kong (China) und die USA. (Quelle: McKinsey Global Institute)

**Deutsche Unternehmen kommen leicht an Kredite.** Die Kredithürde für die gewerbliche Wirtschaft in Deutschland ist erneut auf einen historischen Tiefstand gesunken. Nur noch 17,4 Prozent der befragten Unternehmen berichteten im Mai von einer restriktiven Vergabe von Krediten durch Banken. Im Vormonat waren es noch 18,2 Prozent. Die Finanzierungsbedingungen für die deutsche Wirtschaft sind damit weiterhin extrem günstig. Die Kredithürde im Verarbeitenden Gewerbe fiel gegenüber dem Vormonat um 0,3 Prozent und liegt nun bei 15,8 Prozent. Vor allem kleine Unternehmen mit bis zu 50 Mitarbeitern oder einem Umsatz von weniger als 10 Millionen Euro kommen leichter an Kredite: Berichteten im April noch 20,6 Prozent von restriktiven Kreditvergaben, so waren es im Mai nur noch 18,6 Prozent. Nur bei den Großfirmen stieg die Kredithürde leicht, liegt aber mit 13,7 Prozent weiterhin in einem historisch niedrigen Bereich. Im Handel nähert sich die Kredithürde mit 17,3 Prozent dem bisherigen Rekordtief. Auf dem Bau wurde mit 22 Prozent ein neuer historischer Tiefstand erreicht. (Quelle: ifo-Institut München)